

Elbe-Jeetzel-Zeitung

Niedersächsisches Tageblatt | Amtliches Kreisblatt | Zeitung für das Wendland | Jeetzel-Zeitung Dannenberg | Allgemeiner Anzeiger



Die für Lüchow-Dannenberg vorgesehene zweite Ausbaustufe des Breitbandnetzes wird trotz des Aus für die Landesförderung für Glasfasernetzprojekte kommen, betont man in Hannover – denn das hiesige Projekt sei von Kürzungen nicht betroffen.
Aufn.: R. Groß

„Verheerendes Signal“

Das Land Niedersachsen setzt beim Breitbandausbau künftig auf die Privatwirtschaft – auch in Lüchow-Dannenberg. Daran gibt es Kritik

VON ROUVEN GROSS

Lüchow-Dannenberg. Eigentlich könnte man in Lüchow-Dannenberg das, was in Sachen Breitbandausbau aus Hannover zu hören ist, ganz entspannt zur Kenntnis nehmen: Die Landesregierung will, hieß es in der Landeshauptstadt unlängst, aus der Förderung von Glasfasernetz-Projekten aussteigen, bereits im Haushalt des nächsten Jahres sind dafür keine Mittel mehr eingestellt – man setzt darauf, heißt es von der Landesregierung, dass solche Vorhaben künftig privatwirtschaftlich realisiert werden. Betrifft Lüchow-Dannenberg nicht, könnte man denken, wurde doch ein Großteil der Orte im Kreisgebiet bereits ans Glasfasernetz angeschlossen, und ein Großteil der bislang nicht angeschlossenen soll laut Plan einen solchen Anschluss bis Ende 2025 erhalten.

Doch so einfach ist es nicht: Denn auch nach dem nächsten Ausbauschritt wird es noch unversorgte Gebiete geben. Orte, die – sollte es tatsächlich keine Förderung mehr geben – dann wohl überhaupt keine Chance auf einen Breitbandanschluss hätten. „Und damit dann auch keine Zukunftsperspektive“, sagt der CDU-Landtagsabgeordnete Uwe Dorendorf: „Das wäre ein verheerendes Signal an die Menschen in der Fläche des ländlichen Raums.“

Zusagen für DAN bestehen

Im Sommer hatte Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) angekündigt, das Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau seitens des Landes nicht mehr kofinanzieren zu wollen. Bislang hatte das Land bei Projekten, die vom Bund mit bis zu 70 Prozent bezuschusst worden waren, weitere 25 Prozent der Gesamtkosten übernommen. So auch beim Bau des Lüchow-Dannenger Breitbandnetzes und beim bereits bewilligten Ausbau dieses Netzes ab 2024.

Künftig setze man beim Breitbandausbau jedoch auf privatwirtschaftliche Initiativen, bestätigte die Landesregierung jetzt auf eine Kleine Anfrage Dorendorfs im Landtag in Hannover. „Der Ausbau digitaler Infrastrukturen ist vorrangig Aufgabe privat organisierter Telekommunikationsunternehmen“, heißt es schriftlich von der Landesregierung. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukraine-Krieges, die angesichts des Klimawandels nötige Transformation der Wirtschaft und der Gesellschaft in Niedersachsen sowie die Nachwirkungen der Corona-Pandemie würden das Land „vor große finanzielle Herausforderungen stellen“, was eine „Priorisierung von Vorhaben“ nötig mache, betont die Landesregierung. Und angesichts eines „sehr dynamischen Markts“ beim Breitbandausbau sehe man keine Notwendigkeit mehr, solche Vorhaben zu fördern – zumindest nicht über die Förderung des Bundes hinaus, die es ja weiterhin gebe. Und: Alle bereits erteilten Zusagen würden auch eingehalten, wie etwa jene für den zweiten Ausbauschritt in Lüchow-Dannenberg.

Dennoch sei die Botschaft, die von dem Entschluss ausgehe, „unterirdisch“, sagt Uwe Dorendorf. Die Digitalisierung sei „das entscheidende Vorhaben für die Zukunft und die Zukunftsfähigkeit im Land – und natürlich auf dem Land“, moniert der Landtagsabgeordnete, „dass die Landesregierung da nicht die richtigen Prioritäten“ setze. Es werde sich „kein Unternehmen finden, das entlegene Dörfer mit nur einer Handvoll Einwohnern anschließt. Oder gar einzelne Höfe oder Betriebsstätten irgendwo im Außenbereich“, meint Dorendorf. Und selbst wenn es eine 70-prozentige Förderung vom Bund gäbe, würde die Übernahme der restlichen Kosten durch Kommunen diese „absolut überfordern“. Wenn man es ernst meine mit dem Herstellen gleicher Lebensverhältnisse auf dem Land, dann dürfe man „niemanden zurücklassen“, betont Dorendorf. Sonst verliere die Politik weiter an Glaubwürdigkeit. Und der ländliche Raum an Zukunftschancen.